

Klimakrise befördert Vertreibung

Von Michael Fanizadeh

Die Klimakatastrophe vollzieht sich mit all ihrer zerstörerischen Kraft, das haben diesen Sommer die vielen Waldbrände in Europa sowie die verheerenden Überschwemmungen in Pakistan überdeutlich in Erinnerung gerufen. Millionen von Menschen sind von den Auswirkungen unmittelbar betroffen und müssen sich vor Starkwetterereignissen oder den langfristigen Folgen des Klimawandels in Sicherheit bringen. Zeit für Prävention bleibt wenig, wie der Klimaforscher Adil Najam bei einer VIDC-Veranstaltung in Wien betonte: „Indem wir über den Klimawandel als ein zukünftiges Problem sprechen, machen wir uns vor, dass wir Zeit zum Handeln haben. Da die Welt nicht bereit ist, die Bedrohung durch den globalen Klimawandel abzumildern, leben wir heute bereits im Zeitalter der Anpassung. Das bedeutet, dass wir jetzt über die Auswirkungen des Klimawandels und nicht mehr nur über seine Eindämmung sprechen müssen.“

Paradoxerweise sind vulnerable Gruppen in den ärmsten Regionen der Welt am meisten gefährdet, Opfer des Klimawandels zu werden – obwohl sie am allerwenigsten zu den weltweiten Emissionen beitragen. Ihre Regierungen verfügen aber einfach nicht über die finanziellen Mittel, sie vor den Folgen des Klimawandels zu bewahren. Es wäre daher ein Gebot der Stunde, die ärmsten Länder bei der Entwicklung und Umsetzung von Schutz- und Anpassungsplänen zu unterstützen, denn die Menschen

in diesen Ländern können sich vor den häufigen und intensiver werdenden wetterbedingten Ereignissen, wie Überschwemmungen, Feuer, Dürren und Stürmen weniger schützen und sind immer häufiger gezwungen ihre Herkunftsorte zu verlassen. Änderungen bei Niederschlägen und Temperaturmustern wirken sich zudem langfristig negativ auf die Lebensbedingungen und Zukunftschancen von Menschen in den ärmsten Regionen dieser Erde aus.

Vor diesem Hintergrund sind die regelmäßigen Schlagzeilen in Österreichs Medien zu verstehen, die die Bedeutung der Klimakrise als Grund für Vertreibung betonen. Im Hintergrund schwingt dabei mit, dass all diese „Klimaflüchtlinge“ zu uns nach Europa und möglicherweise gar nach Österreich kommen wollen. Studien zeigen allerdings, dass die meisten Menschen, die sich vor Umweltkatastrophen in Sicherheit bringen müssen, in der eigenen Region verbleiben, zumeist im eigenen Land und dass sie so schnell als möglich wieder in ihre Herkunftsorte zurückkehren wollen. Nur eine Minderheit versucht über die Landesgrenzen hinweg zu flüchten, wie aus den Daten des *Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC)* ersichtlich wird. Einer der Gründe dafür ist auch, dass Geflüchtete aufgrund der Klimakrise nicht explizit als Konventionsflüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt sind und daher wenig Chancen auf internationalen Schutz haben. Was nicht heißt, dass sich



Michael Fanizadeh ist Projektkoordinator beim VIDC – Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation. Seine Arbeitsbereiche sind Migration und Entwicklung, Menschenrechte und Antidiskriminierung mit einem regionalen Fokus auf den Nahen und Mittleren Osten.

unter den derzeit offiziell über 30 Millionen Geflüchteten weltweit nicht auch Menschen befinden, die sich aufgrund von klimabedingten Faktoren über Grenzen hinweg in Sicherheit brachten. Jedoch werden diese Faktoren nicht als Fluchtursachen erfasst.

Schätzungen gehen davon aus, dass sich die Zahl der Geflüchteten aufgrund der Klimakrise rasant erhöhen könnte. Die Weltbank sprach bereits 2018 in einem aufsehenerregenden Bericht von möglichen 143 Millionen Binnenvertriebenen bis 2050 aufgrund der Klimakrise. Fakt ist: Laut dem IDMC wurden Ende des Jahres 2021 rund 5,9 Millionen Menschen in 86 Ländern und Regionen infolge von Naturkatastrophen als Intern Vertriebene gezählt – Tendenz steigend. 23,7 Millionen Menschen waren von vorübergehender Vertreibung betroffen. Allein in Subsahara-Afrika waren 2,5 Millionen Menschen wegen Umweltkatastrophen zumindest kurzfristig gezwungen ihre Herkunftsregion zu verlassen, wobei mit Ende des Jahres immer noch mehr als 2 Millionen Vertriebene aufgrund der Klimakrise in Subsahara-Afrika gezählt wurden.

Konflikte und Klimakrise gehen oftmals Hand in Hand und befeuern sich wechselseitig. Viele der heutigen Krisen sind durch eine komplexe Mischung von Klima- und Umweltveränderungen, Katastrophenrisiken, Konflikten, Fragilität und Vertreibung geprägt. Das Flüchtlingshilfs-

werk der Vereinten Nationen (UNHCR) betont in seinem Bericht über „Forced Displacement“ 2021 die Multidimensionalität von Armut, Ernährungsunsicherheit, Klimawandel, Konflikten und Vertreibung. Diese Faktoren seien zunehmend miteinander verbunden und verstärken sich gegenseitig, sodass immer mehr Menschen auf der Suche nach Schutz und Sicherheit sind. Auf lokaler Ebene ist Klimawandel eine Hauptursache für Konflikte, wenn z.B. Gruppen um Weideland oder Wasserstellen konkurrieren. Das ist insofern bedeutsam, da aktuell immer noch ein Drittel der Weltbevölkerung von der Landwirtschaft lebt und somit auf ein funktionierendes Öko- und Klimasystem angewiesen ist.

Das Beispiel Somalia zeigt die Vielschichtigkeit der Fluchtursachen. Somalia ist eines der Länder mit dem höchsten Gewaltaufkommen weltweit, mit einem Bürgerkrieg, der seit den 1990er Jahren mehr oder weniger kontinuierlich anhält. Jetzt wird das Land zusätzlich von der schlimmsten Dürre seit 40 Jahren heimgesucht. Hunderttausende Somalier haben laut UNHCR ihre Häuser verlassen und mussten sich auf der Suche nach Nahrung, Wasser und humanitärer Hilfe auf gefährliche Reisen begeben. Seit Beginn der Dürre im Januar letzten Jahres wurden über eine Million Menschen aus ihren Häusern vertrieben, davon 857.000 in diesem Jahr. Weitere 366.000 sind aufgrund von Konflikten und Unsicherheit geflohen.